

Satzung für die Volkshochschule der Stadt Fulda

Auf Grund des § 5 Abs. 1 der Hess. Gemeindeordnung in der Fassung vom 2.11.1971 (GVBl. I S. 253), der §§ 3 Abs. 4, 5 Abs. 2 des Hess. Gesetzes über Volkshochschulen vom 12.5.1970 (GVBl. I S. 341) in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 16.12.1975 (GVBl. I S. 315), des Zuweisungserlasses des Hess. Kultusministers vom 18.8.1976 sowie des § 10 Abs. 1 des Hess. Kommunalabgabengesetzes vom 17.3.1970 (GVBl. I S. 225) hat die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung vom 20.12.1976 für die Volkshochschule der Stadt Fulda folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Rechtsstellung

- (1) Die Stadt Fulda unterhält eine Volkshochschule (VHS).
- (2) Die VHS ist als nicht rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechtes eine öffentliche Einrichtung der Stadt Fulda. Ihre Verwaltung ist in die Verwaltung der Stadt Fulda eingegliedert.
- (3) In den einzelnen Stadtteilen können Nebenstellen der VHS eingerichtet werden.

§ 2 Aufgabe

- (1) Die VHS hat die Aufgabe, den Erwachsenen und Heranwachsenden Kenntnisse und Fertigkeiten zu vermitteln, die das Wissen mehren, die Urteilsfähigkeit stärken, das aktive Tun, besonders im musischen Bereich, fördern und helfen, im Verhältnis der Menschen zueinander die gegenseitige Verantwortung bewußt zu machen.
- (2) Die VHS steht jedermann offen. Sie ist nicht gruppengebunden, arbeitet jedoch mit Gruppen und Vereinen zusammen.

§ 3 Leiter

- (1) Der Leiter der VHS ist hauptamtlich tätig. Ihm obliegt die pädagogische und organisatorische Leitung der VHS. Er wird vom Magistrat bestellt.
- (2) Zu seinen Aufgaben gehören insbesondere:
 - a) Aufstellung des Arbeitsplanes
 - b) Aufstellung eines Geschäftsverteilungsplanes

- c) Auswahl und Verpflichtung der Kursleiter und Referenten
- d) Verpflichtung der Nebenstellenleiter
- e) Weiterbildung der Mitarbeiter

§ 4

Hauptamtliche und nebenamtliche Mitarbeiter

- (1) Für die Erfüllung der Bildungsaufgaben der VHS werden entsprechend den ministeriellen Richtlinien hauptamtliche Mitarbeiter verpflichtet. Über ihre Einstellung entscheidet der Magistrat.
- (2) Zur Förderung der Tätigkeit der Nebenstellen sollen ehrenamtliche Nebenstellenleiter berufen werden. Sie arbeiten nach den Richtlinien des Leiters der VHS.
- (3) Die Kursleiter und Referenten üben ihre Tätigkeit an der VHS ehrenamtlich aus. Kursleiter erhalten für die Dauer eines Arbeitsabschnittes, Referenten für bestimmte Veranstaltungen einen Arbeitsauftrag.

§ 5

Honorierung

- (1) Kursleiter und Referenten erhalten Honorare nach den Bestimmungen einer Honorarordnung, die vom Magistrat erlassen wird.
- (2) Ehrenamtliche Mitarbeiter können eine Aufwandsentschädigung erhalten.

§ 6

Geschäftsstelle

Zur Regelung der organisatorischen Arbeiten ist eine Geschäftsstelle tätig, die entsprechend den ministeriellen Richtlinien zu besetzen ist. Das Nähere regelt ein Geschäftsverteilungsplan.

§ 7

Arbeitsplan

Die regelmäßigen Veranstaltungen der VHS werden in einem Arbeitsplan veröffentlicht. Vor Drucklegung ist er dem Magistrat zur Billigung vorzulegen.

§ 8

Beirat

- (1) Zur Förderung der Volkshochschularbeit wird ein Beirat gebildet. Er hat folgende Aufgaben:
 - a) der Volkshochschule aus allen Bereichen der Stadt Anregungen für ihre Bildungsarbeit zu geben,

- b) die Volkshochschule bei ihrer Breitenarbeit zu unterstützen,
 - c) den Arbeitsplan der Volkshochschule vor seiner endgültigen Aufstellung zu erörtern.
- (2) Dem Beirat gehören an:
- A) als Vertreter der städtischen Körperschaften
 - 1) ein Vertreter des Magistrats (Dezernent) als Vorsitzender
 - 2) der Vorsitzende des Kulturausschusses
 - B) als Vertreter der gesellschaftlichen Bereiche
 - 1. Kirchen
 - a) ein Vertreter der katholischen Kirche
 - b) ein Vertreter der evangelischen Kirche
 - 2. Arbeitnehmer und Arbeitgeber
 - a) ein Vertreter der Industrie- und Handelskammer
 - b) ein Vertreter des Arbeitgeberverbandes für Fulda und Umgebung e. V.
 - c) ein Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes
 - 3. Schulischer Bereich
 - a) ein Vertreter der Grund-, Haupt- und Realschulen
 - b) ein Vertreter der beruflichen Schulen
 - c) ein Vertreter der Gymnasien
 - 4. Hochschulbereich
 - a) ein Vertreter der Philosophisch-Theologischen Hochschule
 - b) ein Vertreter der Fachhochschule
 - 5. Vereine und Verbände
 - a) ein Vertreter des Fuldaer Geschichtsvereins
 - b) ein Vertreter des Vereins für Naturkunde in Osthessen
 - c) ein Vertreter des Stadtjugendringes
- (3) Die Mitglieder des Beirates werden auf Vorschlag der Entsendenden vom Magistrat für die Dauer der Wahlperiode berufen.
- (4) Der Leiter der Volkshochschule gehört dem Beirat mit beratender Stimme an.

Räumlichkeiten

Die Stadt Fulda stellt der VHS Räumlichkeiten für die Durchführung ihrer Arbeit zur Verfügung.

§ 10

Teilnahmegebühren

Für die Teilnahme an den Veranstaltungen der VHS wird in der Regel eine Teilnahmegebühr erhoben. Einzelheiten regelt eine Gebührenordnung.

§ 11

Finanzwesen

- (1) Die Einnahmen und Ausgaben der VHS werden auf der Grundlage des vom Magistrat gebilligten Arbeitsplanes über den Haushalt der Stadt Fulda nach den Vorschriften des Gemeindefinanzrechtes abgewickelt.
- (2) Dem Rechnungsprüfungsamt obliegt die Prüfung der Wirtschaftsführung im Rahmen des § 131 Hess. Gemeindeordnung.

§ 12

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit dem Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.
Die Satzung vom 20.12.1973 tritt außer Kraft.

Fulda, den 30. Dezember 1976

Der Magistrat der Stadt Fulda
gez. Dr. Hamberger
Oberbürgermeister

(Veröffentlicht in der Fuldaer Zeitung am 31.12.1976)

1. Nachtrag zur Satzung für die Volkshochschule der Stadt Fulda

Auf Grund des § 5 Abs. 1 der Hess. Gemeindeordnung (HGO) vom 25.2.1952 (GVBl. I S. 11) in der Fassung der Bekanntmachung vom 30.8.1976 (GVBl. I S. 325), zuletzt

geändert durch Gesetz vom 4.7.1980 (GVBl. I S. 219), der §§ 3 Abs. 4, 5 Abs. 1 des Hess. Gesetzes über Volkshochschulen vom 21.5.1981 (GVBl. I S. 198), des Zuweisungserlasses des Hess. Kultusministers vom 18.8.1976 sowie der Vorschriften des Gesetzes über kommunale Abgaben (KAG) vom 17.3.1970 (GVBl. I S. 225) in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 21.12.1976 (GVBl. I S. 532) wird gemäß Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 20.6.1983 folgender 1. Nachtrag zur Satzung für die Volkshochschule der Stadt Fulda erlassen:

I

§ 8 Abs. 2 wird wie folgt ergänzt:

- B) als Vertreter der gesellschaftlichen Bereiche
 - 2. d) ein Vertreter der Deutschen Angestelltengewerkschaft
 - 5. d) ein Vertreter des Stadtverbandes für Leibesübungen

II

Dieser Nachtrag tritt am Tage nach der Veröffentlichung in Kraft.

Fulda, den 26. Juli 1983

Der Magistrat der Stadt Fulda
gez. Dr. Hamberger
Oberbürgermeister

(Veröffentlicht in der Fuldaer Zeitung vom 29.7.1983)

2. Nachtrag zur Satzung für die Volkshochschule der Stadt Fulda

Aufgrund der §§ 5, 19, 20 und 51 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) vom 25.2.1952 (GVBl. I S. 11) in der Fassung vom 1.4.1981 (GVBl. I S. 66), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21.12.1988 (GVBl. I S. 419) und des § 3 Abs. 4 sowie § 5 Abs.1 des Hessischen Gesetzes über Volkshochschulen vom 21.5.1981 (GVBl. I S. 198), des Zuweisungserlasses des Hessischen Kultusministers vom 18.8.1976 sowie der Vorschriften des Gesetzes über kommunale Abgaben (KAG) vom 17.3.1970 (GVBl. I S. 225) in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 21.12.1976 (GVBl. I S. 532) wird gemäß Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 14.12.1990

folgender 2. Nachtrag zur Satzung für die Volkshochschule der Stadt Fulda vom 30.12.1976 in der Fassung des 1. Nachtrages vom 26.7.1983 erlassen:

I

§ 8 Abs. 2 Buchstabe A wird als Ziffer 3 hinzugefügt:

3) Die Frauenbeauftragte der Stadt Fulda.

II

Dieser Nachtrag tritt am Tage nach der Veröffentlichung in Kraft.

Fulda, den 21. Dezember 1990

Der Magistrat der Stadt Fulda
gez. Dr. Wolfgang Hamberger
Oberbürgermeister

(Veröffentlicht in der Fuldaer Zeitung am 29. Dezember 1990)